

PRESSEMITTEILUNG

## Deutscher Arbeitsmarkt auf außereuropäische Zuwanderung angewiesen

**Der demographische Wandel schlägt immer stärker durch. Die Zahl der Arbeitskräfte nimmt ab und aus den europäischen Nachbarländern kommen absehbar weniger Menschen nach Deutschland. Eine Studie im Auftrag der Bertelsmann Stiftung hat berechnet, wie viel Zuwanderung aus Drittstaaten der deutsche Arbeitsmarkt braucht.**

Gütersloh, 12.02.2019. Deutschland hat bis 2060 einen jährlichen Einwanderungsbedarf von mindestens 260.000 Menschen. Nur so lässt sich der demographiebedingte Rückgang des Arbeitskräfteangebots auf ein für die Wirtschaft verträgliches Maß begrenzen. Es ist zu erwarten, dass im Jahresdurchschnitt rund 114.000 Zuwanderer aus anderen EU-Staaten kommen werden, demnach rund 146.000 Personen aber aus Drittstaaten außerhalb der EU einwandern müssten. Zu diesen Ergebnissen kommt eine Untersuchung von Johann Fuchs und Alexander Kubis vom Institut für Arbeitsmarkt und Berufsforschung sowie Lutz Schneider von der Hochschule Coburg im Auftrag der Bertelsmann Stiftung.

Die Studie berücksichtigt auch die Potenziale der einheimischen Bevölkerung. Die Forscher unterstellen eine zukünftig höhere Geburtenrate sowie mehr Frauen und ältere Menschen im Arbeitsmarkt. Doch selbst wenn Männer und Frauen gleich viel arbeiteten und in Deutschland eine Rente mit 70 eingeführt würde, könnte der Fachkräftebedarf nicht mit inländischen Mitteln gedeckt werden. Jörg Dräger, Vorstand der Bertelsmann Stiftung, hebt hervor: „Migration ist ein zentraler Schlüssel zu einer gelingenden Zukunft. Deutschland braucht Fachkräfte – auch aus Regionen außerhalb Europas.“

### **Digitalisierung erfordert mehr Experten**

Untersucht wurde auch, wie sich die Digitalisierung auf den Einwanderungsbedarf auswirken wird. Ein zunehmend digitalisierter Arbeitsmarkt erfordert demnach nicht weniger Arbeitskräfte, sondern mehr Fachkräfte mit hoher Qualifikation, etwa Techniker, Meister und Akademiker.

Wenn man aber auch die verfügbaren Arbeitskräfte – also die Angebotsseite – mitberücksichtigt, ist langfristig dennoch mit einer Entspannung der Engpässe bei Akademikern, aber mit einer Verschärfung der Engpässe im mittleren Qualifikationssegment zu rechnen. Denn einerseits erwerben immer mehr Menschen höhere Qualifikationen und andererseits scheiden in den kommenden Jahren besonders viele Menschen mit Berufsausbildung aus dem Berufsleben aus.

### **Einwanderungsgesetz für Fachkräfte aus Drittstaaten nötiger denn je**

Die absehbare jährliche Zuwanderung aus der EU wird – so die Berechnungen der Studie – nicht reichen, um den durch den Rückgang der einheimischen Bevölkerung entstehenden Bedarf auf dem deutschen Arbeitsmarkt auszugleichen. Daran ändert auch der anstehende Brexit nichts, selbst wenn sich die Zuwanderung in Deutschland temporär erhöhen wird. Denn auch bei den europäischen Nachbarn schlägt der demographische Wandel zu. Außerdem nehmen Migrationsanreize perspektivisch dadurch ab, dass sich die Mitgliedsstaaten wirtschaftlich angleichen.

„Heute wandern noch viel zu wenig Fachkräfte aus Drittstaaten nach Deutschland ein“, so Dräger. 2017 waren es laut Statistiken des Ausländerzentralregisters ohne Fortzüge nur gut 38.000 Menschen. Deutschland müsse deshalb diesen Zuzug besser steuern, so Dräger. Er fordert: „Das Einwanderungsgesetz sollte schnell verabschiedet werden.“ Er begrüßt, dass sich das Gesetz auch an Menschen mit mittlerem Qualifikationsniveau richtet. Dennoch weist er darauf hin: „Migration und Integration sind eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Ein neues Gesetz alleine reicht nicht.“ Ohne eine anhaltende Willkommenskultur und attraktive Integrationsangebote werde der Fachkräftemangel nicht ausgeglichen werden können.

### **Zusatzinformationen:**

Für die Studie „Zuwanderung und Digitalisierung: Wie viel Migration aus Drittstaaten benötigt der deutsche Arbeitsmarkt künftig?“ haben Johann Fuchs und Alexander Kubis vom Institut für Arbeitsmarkt und Berufsforschung (IAB) sowie Lutz Schneider von der Hochschule Coburg verschiedene Szenarien bis 2060 berechnet, wie viel Zuwanderung Deutschland pro Jahr benötigt, um den Rückgang des Erwerbspersonenpotenzials auf ein verkräftbares Maß zu begrenzen. Dabei wurde die Entwicklung der inländischen Erwerbsbeteiligung, der Migration aus EU-Staaten sowie des Einflusses der Digitalisierung auf den Arbeitsmarkt berücksichtigt. Die Forscher berücksichtigen damit gegenüber ihrer Studie zum Zuwanderungsbedarf bis 2050 von 2015 die gestiegene Zuwanderung der letzten Jahre und neue Entwicklungen in Gesellschaft und am Arbeitsmarkt, bekräftigen aber mit ihren aktualisierten Annahmen und Berechnungen die Notwendigkeit von Zuwanderung aus Drittstaaten. Zudem wurde dieses Mal berechnet, was es an Einwanderung bräuchte, um den prognostizierten Arbeitskräftebedarf der Wirtschaft gerade so zu decken. Die Studie aus dem Jahr 2015 hatte noch berechnet, welche Zuwanderung benötigt würde, um das Erwerbspersonenpotenzial konstant zu halten.

**Unser Experte:**           **Matthias Mayer, Telefon: 05241 81-81564**  
**E-Mail: [matthias.mayer@bertelsmann-stiftung.de](mailto:matthias.mayer@bertelsmann-stiftung.de)**

---

### **Über die Bertelsmann Stiftung: Menschen bewegen. Zukunft gestalten.**

Die Bertelsmann Stiftung setzt sich dafür ein, dass alle an der Gesellschaft teilhaben können – politisch, wirtschaftlich und kulturell. Unsere Themen: Bildung, Demokratie, Europa, Gesundheit, Werte und Wirtschaft. Dabei stellen wir die Menschen in den Mittelpunkt. Denn die Menschen sind es, die die Welt bewegen, verändern und besser machen können. Dafür erschließen wir Wissen, vermitteln Kompetenzen und erarbeiten Lösungen. Die gemeinnützige Bertelsmann Stiftung wurde 1977 von Reinhard Mohn gegründet.

**Weitere Informationen:** [www.bertelsmann-stiftung.de](http://www.bertelsmann-stiftung.de)